

KREMSENER NACHRICHTEN

Steindl:
 Bürger kämpfen um ihr Recht
 ★★★
 Armut: Die Kluft wird größer
 ★★★
 Wir fordern:
 Preisregelung für Erdölprodukte

Erscheinungsort, Verlagspostamt: 3500 Krems – Nr. 3-2008



Auch ihre Wasserrechnungen waren zu hoch!

Ende 2004 berichteten wir unter dem Titel „Licht ins Dunkel beim Wasserwerk“ über die Aufdeckung der skandalösen Finanzgebarung der damaligen ÖVP/SPÖ-Rathauskoalition rund um das Kremser Trinkwasser durch den Rechnungshof und den Schaden für alle Kremserinnen und Kremser. Jetzt geht dieses unrühmliche Kapitel der Kremser VP-SP-Stadtpolitik in eine neue Runde.

In den Jahren 2004 bis 2007 wurden der Kremser Bevölkerung circa drei Millionen Euro über eine nicht gesetzeskonform ermittelte Wassergrundgebühr aus der Tasche gezogen!

Bei der Gemeinderatssitzung Ende März wurde der Bericht unseres Kontrollamtes über die Einschau in die Verrechnung der Abgaben des Wasserwerkes dem Gemeinderat vorgelegt.

Wörtlich: „**Ergebnis 1: Das Kontrollamt bemängelt die nicht gesetzeskonforme Festsetzung der Grundgebühr per 1.11.2003 und dass in der Folge trotz Hinweis**

des Rechnungshofes keine Änderung der Wasserabgabenordnung der Stadt Krems erfolgte, obwohl dies aufgrund der Änderung im NÖ Wasserleitungsschlussgesetz 1978 per 1.11.2004 möglich gewesen wäre.“

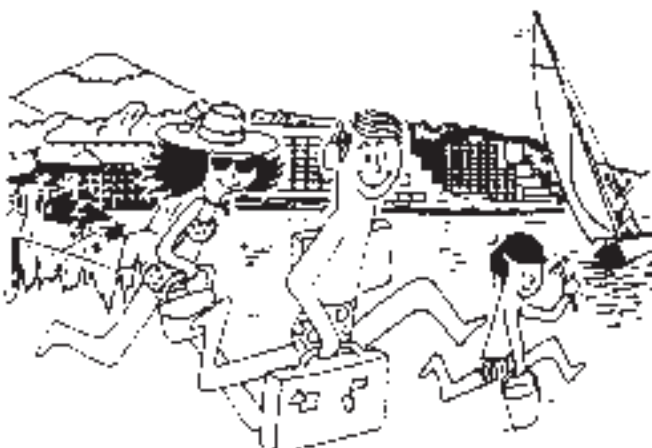
Das bedeutet, dass den Kremser Bürgerinnen und Bürgern seitens des Magistrats vom 1.01.2004 bis 31.12.2007 ungesetzlich hohe Wassergebühren verrechnet wurden. Konsequenzen oder mindestens eine Entschuldigung gab es im Gemeinderat natürlich nicht.

Die Grundgebühr wurde Ende 2003 mit 1,31 € / m³ von der da-

maligen VP/SP-Rathauskoalition durch den Gemeinderat gepeitscht und die Kritik und Ablehnung durch KLS-GR Kral negiert. Laut Kontrollamt wäre aber nur 1 € / m³ gesetzlich fundiert gewesen! ÖVP und SPÖ haben jede Familie über vier Jahre hinweg ungesetzlich mit 31 Prozent überhöhten Wasserkosten belastet. Dies entspricht in diesen vier Jahren circa 180 € Schaden für eine durchschnittliche Familie. Haus- und Gartenbesitzer wurden um ein Vielfaches geschädigt.

Die Rückforderung eines Kremser Hausbesitzers, der durch diese gesetzwidrigen Gebührenssetzungen in diesen vier Jahren mit über 400 € geschädigt wurde, lehnte der Magistrat mit folgenden drei Argumenten kaltschnäuzig ab:

>>> ... „Durch die Erläuterungen zum Kontrollamtsbericht anlässlich der Gemeinderats-
 (Fortsetzung auf Seite 2)



Einen erholsamen Urlaub

WÜNSCHT ALLEN UNSEREN
 LESERINNEN UND LESERN SOWIE
 FREUNDINNEN UND FREUNDEN

DIE KPÖ-KREMS
 SOWIE IHR
 KLS-GEMEINDERAT FRANZ KRAL

Auch ihre Wasserrechnungen waren zu hoch!

(Fortsetzung von Seite 1)

sitzung vom 26.03.2008 konnte der Eindruck entstehen, dass keine gesetzeskonforme Ermittlung der Grundlagen zur Festsetzung der Wassergebühren stattgefunden hat.“ ...

>>> ... „Das Kontrollamt hat aber ausdrücklich nur einen Formalmangel festgestellt. Tatsächlich hat die Gebührenvorschrift dem damals geltenden Wasserleitungsgesetz entsprochen“ ...

tes (Ergebnis 1) leicht selbst die Unrichtigkeit dieser Antworten des Magistrates bewerten.

Werden unsere Bürger von der Verwaltung bewusst hinter das Licht geführt? Diese Frage muss man sich stellen, denn der Magistrat hat diese Aufdeckung der nicht gesetzeskonformen Festsetzung der Grundgebühr schon im Februar schriftlich zur Kenntnis genommen und als korrekt wiedergegeben bestätigt. Wieso wird dies nicht auch



>>> ... „Es besteht daher seitens der Stadt keine Möglichkeit und Begründung, Ihrem Wunsch nach Rückzahlung bestimmter entrichteter Gebührenanteile nachzukommen, nachdem es sich überdies bei den Vorschriften um korrekte und rechtskonforme Bescheide handelt, die rechtskräftig geworden sind.“ ...

Im gesamten Prüfbericht kommt das Wort Formalmangel gar nicht vor und daher ist die Behauptung, dass „ausdrücklich nur ein Formalmangel“ festgestellt wurde und nur der Eindruck einer Gesetzeswidrigkeit entstanden sei, eine Irreführung.

Sie, liebe Leserin, lieber Leser, können auf Basis des eingangs wiedergegebenen Zitates der Hauptfeststellung des Kontrollam-

den Bürgern gegenüber so dargestellt?

In seiner erneuten Eingabe hat der Hausbesitzer darauf verwiesen, dass schon vor der gesetzwidrigen Grundgebühreffestsetzung der Rechnungshof und die NÖ Landesregierung die Stadt auf Fehler bei den Wassergebührenverordnungen hingewiesen haben. Aber trotzdem wurden die Bürger weiter mit fehlerhaft ermittelten Wassergebühren belastet. Der Magistrat hat hier einen Wiederholungstatbestand gesetzt!

Weiters vertrat der Hausbesitzer in seiner Erwidern die Ansicht, dass es eine befremdliche Rechtsauffassung unserer Stadtverwaltung ist, wenn man nicht gesetzeskonform zustande gekommene Gebühren, einfach

durch Erlassen von Bescheiden, in für Bürger rechtsverbindliche Abgabepflichten verwandeln kann.

Damit ist fortan der Behördenwillkür Tür und Tor geöffnet – die Behörde müsste sich an keinerlei Gesetze mehr halten in der Hoffnung, der Bürger würde es nicht oder erst zu spät bemerken!

Interessant sind in diesem Zusammenhang die für Herbst zu erwartenden Urteile des Verwaltungsgerichtshofes zu den zwei in dieser Causa laufenden Verfahren. Dies insofern, ob sich aus diesen Urteilen doch Rückforderungsrechte für alle betroffenen Kremser ableiten lassen. Wie in den vergangenen Jahren werden wir in den „Kremser Nachrichten“ auch über diesen zu erwartenden Höhepunkt im vom KLS-GR Franz Kral geführten Kampf um gesetzeskonforme Wassergebühren in Krems berichten.

Bürgerspital:

Intensiv versuchten wir für die Kremser Nachrichten herauszufinden, wie es um die Aufklärung des Bürgerspitalsskandals, bei dem die Kremser Bürgerinnen und Bürger um mehr als 5 Mill. € geschädigt wurden, steht. Dies umso mehr, als es Gerüchte gibt, nach denen der Hauptbeschuldigte Dr. König nach Übersee auswandern wolle.

Obwohl nach unseren Informationen Dr. König in einem Verfahren mit der Geschäftszahl GZ7CGA50 6g nur zur Zahlung eines, im Bezug zum Schaden, lächerlich niedrigen Betrags von unter 5000 € verurteilt wurde, hat er dagegen berufen. Erst nach insistierenden Nachfragen beim Gericht in Krems und der Berufungsinstanz, dem Oberlandesgericht Wien, hat sich ergeben, dass man in Wien den Berufungsakt offenbar noch nicht bearbeitet hat und noch kein Verhandlungstermin feststeht. Zum Termin des Strafverfahrens gab es keine



Landtagswahlen 2008

Für die beiden Kremser Spitzenkandidaten der KPÖ zur Landtagswahl (LTW) im März, Franz Kral und Mag. Wolfgang Mahrer (siehe Foto), gab es in Krems ein besonders erfreuliches Ergebnis.

Von allen kandidierenden nicht im Landtag vertretenen Parteien konnte sich die KPÖ die meisten Stimmen sichern, sogar vor der vom ORF stark forcierten Parlamentspartei BZÖ. Trotz geringster Wahlkampfmittel von ca. 7.000 € konnte man die eigenen KPÖ-Stimmen landesweit von 7.074 Stimmen bei der Landtagswahl 2003 auf 8661 (+ 22,4 Prozent) steigern und damit das beste LTW-Ergebnis seit 1974 erzielen.

In Krems-Stadt stiegen die Stimmen von 226 (2003) auf 388 (+ 72 Prozent) und im Bezirk Krems von

477 (2003) auf 697 (+ 46 %). Damit haben wir von der Kremser KPÖ

das beste Landtagswahlergebnis seit 39 Jahren (1969) erzielt!



Ein herzliches Dankeschön allen Wählerinnen und Wählern für ihr Vertrauen!

Wird dieser Skandal weiter vertuscht?

Auskunft! Das war das Ergebnis von Telefonaten, die jeweils mehr als eine Stunde dauerten.

Alles in allem scheint man diesen Fall voll unter der Decke halten zu wollen, um den ÖVP-Bürgerhospitalsskandal der Vergessenheit preiszugeben. Ganz im Gegensatz zur behördlichen Mediengeilheit wie im Spitzer Giftkriminalfall oder der Amstettener Tragödie.

Ebenso wenig hat es seit der Aufdeckung durch den Rechnungshof weitergehende außergerichtliche Aufklärungsaktionen gegeben und die folgenden Fragen sind weiterhin offen:

>>> Wer waren die Käufer der Stiftungsgrundstücke?

>>> Wurde zum damaligen ortsüblichen Preis verkauft und wurde vorher oder nachher auf Bau-land umgewidmet?

>>> Gab es dabei Begünstigungen und Freunderlwirtschaft?

>>> Wer waren die Empfänger

der mysteriös hohen Weinmengen, die Dr. König für die Stiftung bestellte, ohne dass sie bei den Heiminsassen ankamen?

>>> Warum wurden schlecht ausgeführte und für die Heimbewohner unnötige Investitionen in Millionenhöhe getätigt? Wer hatte daran Interesse?

>>> Wieso wurden die Heime letztendlich für ein Nichts dem jetzigen privaten Betreiber in den Rachen geworfen und vom Land noch 20 Mill. € Subvention nachgeschoben?

Das Land, dessen Stiftungsaufsicht durch jahrelanges Wegsehen diesen Skandal erst ermöglichte, hat der Stiftung unserer Kremser Bürgerinnen und Bürger nicht geholfen, sondern erst den privaten „Rettern in der Not. Für uns stinkt das noch immer nach abgekartetem Spiel, um Vermögen unserer Bürger einer Privatfirma in den Rachen werfen zu können. Diese Hintergründe muss

die ÖVP natürlich um jeden Preis weiter vertuschen. Schlimm, wenn die Justiz dabei mithelfen würde, indem Dr. König als Zeuge und Beschuldigter nicht mehr zur Verfügung stünde!

Letzte Meldung!

Wird die Bestattung privatisiert?

Wie wir aus gewöhnlich gut informierten Kreisen erfahren, soll es Bestrebungen geben, die gewinnbringende Kremser Bestattung zu privatisieren. Das würde ganz dem ÖVP-Motto „Gewinne für die Privaten, Verluste für die Allgemeinheit“ entsprechen, aber die Ertragssituation unserer Stadtbetriebe erheblich schwächen.

Am Steindl – Bürger kämpfen weiter um ihr Recht

Mit einer in Krems einmaligen Bürgeraktion hat die Interessensgemeinschaft der Bewohner Steindl-Langenloiserberg eine Behandlung ihrer Forderung nach einem Bebauungsplan im Gemeinderat gegen die ÖVP und ihre Spekulantenfreunde durchgesetzt. Ein Bebauungsplan bietet für alle Transparenz, einen vorhersehbaren Rahmen für eine mögliche Bebauung eines Grundstückes im Bauland sowie Rechtssicherheit für alle Beteiligten.

650 beherzte Bürgerinnen und Bürger haben eine Petition unterschrieben und damit erzwungen, dass dieser Punkt auf die Tagesordnung der öffentlich zugänglichen Gemeinderatssitzung am 28.5.2008 genommen werden musste. Im Vorfeld versuchte die schwarze Kremser Stadtregierung noch von der Landesregierung Unterstützung gegen solche Bürgerwünsche zu mobilisieren. In getrennten Vorträgen für die Gemeinderäte und für interessierte Bürgerinnen und Bürger versuchte ein Landesbeamter, DI Obleser, Bebauungspläne als eher nachteilig für Krems hinzustellen. Im Gegensatz dazu steht eine Schriftenreihe der NÖ Landesregierung, die derselbe DI Obleser redigierte. Darin sieht er die Vorteile eines Bebauungsplanes unter anderem darin, dass die Festlegung der Bebauungsdichte und der Geschoßflächenzahl spekulative Ausnützungen von Grundstücken zum Nachteil der Anrainer und der übrigen Bewohner verhindere und somit Rechtssicherheit für alle Beteiligten bestehe.

Am 1.7.2007 berichtete die „Krone“ stolz – „Das Land schützt die idyllischen Villenviertel vor Bausünden“ ... „der Landtag hat das Perchtoldsdorfer Modell zum Gesetz erhoben. Damit wird sichergestellt, dass die idyllischen Gärten nicht komplett zubetoniert werden.“ Gelten diese Gesetze für Krems nicht? Werden nur Wienerwaldgemeinden geschützt? Oder bedarf es der Mitwirkung der Stadtverwaltung, um solchen Schutz zu bekommen? Eine Mitwirkung, die die Kremser ÖVP-Stadtpolitik offenbar den Bürgern nicht zukommen lassen will, obwohl eine Bürgerbefragung einer Kremser Gratiszeitung „Halten Sie einen Bebauungsplan für Krems für sinnvoll“ ein eindeutiges Ergebnis brachte: 85 Prozent meinten JA!

Der Rechnungshof (RH) hat die Stadt Krems schon 2005 in einem Prüfbericht zur Stadtentwicklung wegen fehlender bzw. nicht umgesetzter Raumordnungsprogramme/Bebauungspläne scharf kritisiert auch bzw. dass Bebauungspläne nur vereinzelt als Gestaltungsinstrument eingesetzt wurden.

In fast allen Städten in Niederösterreich besteht ein Bebauungsplan – entweder flächendeckend oder mindestens für 50 Prozent des Baulandes, in Krems jedoch nicht einmal für 10 Prozent. Weiters hat der Rechnungshof aber die Personalkosten unseres Stadtbauamtes mit Baden und Mödling verglichen und kritisierte eine personelle Aufblähung und damit die dreifach so teure Verwaltung des Baubereiches gegenüber den vergleichbaren Städten. Umso betrüblicher, wenn das Steuergeld unserer Bürgerinnen und Bürger offenbar unnötig und sogar gegen die Interessen der Betroffenen eingesetzt wird.



Lebensqualität kontra Kapitalprofit ...

Eine Vielzahl von Bewohnern des Steindl war zur Gemeinderatssitzung gekommen, um mit Tafeln „85% der Bewohner für Bebauungspläne“ vor dem Rathausaal für ihren Initiativantrag zu demonstrieren.

ÖVP und SPÖ haben gegen die Stimmen von FPÖ, Grünen und KLS – in alter Einigkeit – einen Änderungsantrag von ÖVP-StR Stummer zugestimmt. Dieser zementiert den bisherigen unbefriedigenden Zustand. Es werden demnach Bebauungspläne wieder nur im zuständigen Ausschuss beraten und beschlossen.

Keine Bürgerbeteiligung und kein flächendeckender Bebauungsplan für ganz Krems, sondern wie ÖVP-Stadtrat Krammer die Abänderung begründete „Bebauungspläne, wie wir sie brauchen“. Ob er unter „wir“ die bekannten Spekulanten und ihre Parteifreunde gemeint hat?



Soziale Rechte – in Krems nur viele Seiten Papier?

In der Gemeinderatssitzung vom 26. März wurde von der neuen heimlichen ÖVP/FPÖ-Rathauskoalition der Antrag auf Schaffung eines Behindertenbeirates auf die lange Bank geschoben. Offenbar hat man im Rathaus Angst, die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt mit besonderen Bedürfnissen könnten damit vermehrt zu den ihnen zustehenden Rechten kommen. Das würde offenbar das von der ÖVP in den vergangenen Jahren ruinierte Stadtbudget mehr belasten als geplant.

Dieselbe ÖVP, deren Landeshauptmann so gerne von einem sozialen Musterland spricht, hat auch ein soziales Projekt der Zukunftskonferenz mit einem Begräbnis erster Klasse in der Versenkung verschwinden lassen.

Im November hatte man noch

unter großem Politikerbeifall das Projekt „GEKO – gelebtes Kommunikationszentrum“ hoch gelobt. Sozial Hilfsbedürftige sollten an neutralem Ort von Freiwilligen und auch bezahlten Mitarbeitern über ihre rechtlichen Ansprüche auf Hilfen beraten werden. Auch die Anträge

etc. sollten dort gleich vorbereitet werden und die Hilfesuchenden bis zur Lösung ihrer Probleme, kompetent begleitet werden. Alles in einer entspannten Atmosphäre, ohne dass der oft in Amtsstuben still im Raum stehende Vorwurf „Sozialschmarotzer“ diese Armen unter unseren Bürgerinnen und Bürgern noch weiter demütigt.

Dies hätte aber sicher doppelt Geld gekostet, einmal für die Lokalität und Personal, andererseits für vermehrte soziale Hilfszahlungen auf Grund der besseren Beratung. Da war natürlich, trotz aller schönen

(Fortsetzung auf Seite 6)

Benzin und Dieselpreise explodieren

Vor Jahren hat unsere Bundesregierung die gesetzliche Preisregelung als unnötig abgeschafft, mit Ausnahme der Arzneimittelpreisregelung. Das Argument: Der Markt reguliert sich selbst und der Wettbewerb sorgt für niedrige Preise.

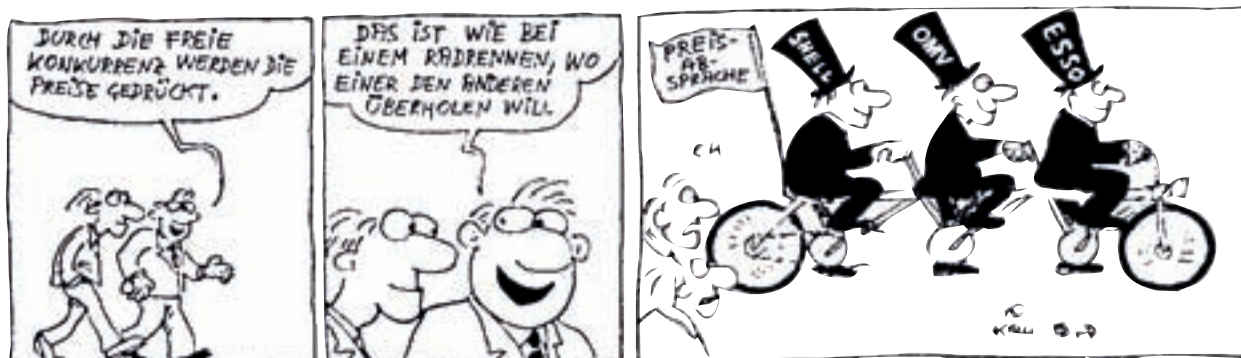
Die Entwicklung der Preise für Energie und Nahrungsmittel zeigt aber, es funktioniert nicht mehr! In einer Welt, in der sich das Angebot in der Hand weniger multinationaler Konzerne konzentriert, ist es für diese ein Leichtes, mit Spekulationen die Preise hinauf zu treiben und ihre Profite in schwindelerregende Höhen zu treiben. Multis sind heute so mächtig, dass sie damit sogar die ganze Welt erpressen

können. Wenn jetzt die österreichische Preisagentur die Preisgestaltung der Tankstellen prüfen will, ist das nur ein Witz und hat keine Chance auf Erfolg. Hätte man vor Jahren die OMV nicht zum Großteil privatisiert, könnte man jetzt leichter für Treibstoffe eine kostenbasierte Preisgestaltung vorgeben, die sich nicht an den Spekulationsmärkten wie Rotterdam orientiert. Dort werden ja nur 10 bis 15 Pro-

zent des Ölolumens gehandelt. Aber die dortigen Spekulationshöchstpreise werden immer zu 100 Prozent in die Kalkulation der Ölkonzerne übernommen.

Wie jetzt jeder täglich selbst erlebt, ist das neoliberale Wirtschaftsmodell, dem unsere Regierung seit Jahren folgt, das Ende jeder sozialen Marktwirtschaft und ein einziger Raubzug riesiger Konzerne.

Wir verlangen daher einen staatlich geregelten Höchstpreis für alle Mineralölprodukte (Benzin, Diesel, Öl usw.), wie er im EU-Mitgliedsland Luxemburg bereits festgesetzt wird!



Soziale Rechte – in Krems nur viele Seiten Papier?

(Fortsetzung von Seite 5)

Worte von Frau Bgm. Rinke, Vzbgm. Kirschenhofer und der Grußbotschaft von LH Pröll, plötzlich der Bedarf nicht mehr gegeben. Es ist ja eh alles bestens.

Für die Menschen, die den Schritt über die Rathauschwelle und die danach folgende Bittstellerscheuen, hat man jetzt seitens der Stadtpolitik einen 156 Seiten dicken Sozialführer herausgebracht. Weil es natürlich gut für das soziale Image von Rinke und Co ist, wurde das Ganze mit großem Tamtam und Buffet Ende April in der Dominikanerkirche präsentiert.

Eine neue österreichweite Erhebung zum Sozialhilfevollzug der Länder zeigt grobe und rechtswidrige Mängel und große Unterschiede bei den Vollzugspraktiken – von Land zu Land, von Stadt zu Stadt und selbst von Beamten zu Beamten. Leider stehen immer die

Budgetvorgaben im Vordergrund und nie das Leid der Betroffenen.

Laut der Zeitschrift „Augustin“ (Nr. 220/30.1.08) berichtet ein Drittel der Hilfsorganisationen, dass Betroffene auf den Sozialämtern Falschankünfte erhalten oder man sich weigert Anträge überhaupt anzunehmen. 47 Prozent bekommen ihr Recht erst nach Intervention einer Hilfsorganisation – allein wären sie ohne Chance gewesen! Die so genannten NGOs (Nicht-Regierungsorganisationen) können ein Lied davon singen, wie oft Bedürftige gedemütigt werden, sei es durch herablassende Behandlung, Lächerlich machen oder Unterstellungen. Der Autor des Artikels im Augustin

kommt nach dem Studium dieser Erhebung richtigerweise zum Schluss: „Der Sozialhilfe-Vollzug hat in weiten Bereichen ein von der Gesetzeslage abgewandtes Eigenleben entwickelt. Das führt zur sträflichen Missachtung grundlegender sozialer Rechte und dazu, dass die Sozialhilfe ihrer Rolle als zweites und letztes Netz sozialstaatlicher Sicherung nicht gerecht werden kann.“

Die vorhin beschriebenen Vorgehensweisen von Bgm. Rinke und ihren Politikerfreunden in ÖVP, SPÖ und FPÖ zeigen, wie fremd gut verdienenden Politikern die Existenzsorgen der Bürgerinnen und Bürger geworden sind. Über all ihrem Handeln steht immer nur „Budgetsanierung“, auch wenn damit in die privaten Budgets der betroffenen Bürgerinnen und Bürger tiefe Löcher gerissen werden.

„Es gäbe keinen sozialen Fragen, wenn die Reichen von jeher Menschenfreunde gewesen wären“

Marie von Ebner-Eschenbach (1849-1916)

Feuerwehr – das wahre Gesicht der Stadt

Gerne lassen sich Kremser Politiker in Feuerwehruniformen fotografieren. Dieselben Herren stimmen dann aber im Gemeinderat gegen die Interessen der kleineren Feuerwehren in den Stadt- und Randgebieten, die sich weitgehend selbst finanzieren müssen.

Haben ÖVP und SPÖ den KLS-Antrag auf Gebührenrückerstattung bei Festen von Blaulichtorganisationen niedergestimmt, blockiert man jetzt seitens der Stadt den Bau eines dringend benötigten neuen Feuerwehrhauses in Egelsee. Seit Jahren hält man diese Wehr, die dafür durch viele Veranstaltungen eine hohe Eigenfinanzierungsquote vorbereitet hat, mit faulen Ausreden zum Besten.

Hatte ein ÖVP-Stadtrat vor Jahren die Realisierung in Aussicht gestellt, behauptete er später, das Land hätte noch keine Entscheidung zur Umwidmung des Grundstückes am Neuberg in Egelsee

getroffen. Eine Nachfrage beim ÖVP-Landtagspräsidenten ergab, dass man den Antrag seitens der Stadt gar nicht abgeschickt hatte.

Nun wird seitens der Feuerwehr überlegt, ob es Sinn macht, jährlich mit Feuerwehrball, Feuerwehrfest, Haus-sammlungen etc. Geld von der Bevölkerung zu sammeln, wenn der für den Neubau dringend benötigte Antrag zur Sonderwidmung an das Land Niederösterreich nicht von der Stadt Krems eingereicht wird.

Die von Bgm. Rinke so hoch

gepriesene Budgeterhöhung für die Feuerwehren dient nur dem längst fälligen Austausch einiger Fahrzeuge im nicht gerade modernsten Fuhrpark der Hauptfeuerwache, welcher in den vergangenen Jahren sträflich vernachlässigt wurde. Jetzt sollen für diese Versäumnisse der Politik die kleineren Feuerwehren, wie die in Egelsee, büßen.

Die Feuerwache Egelsee würde sich volle Unterstützung, sowohl auf dem bürokratischen Weg als auch in finanzieller Hinsicht, von der Stadt Krems für ihr neues Feuerwehrhaus wünschen, da das alte längst zu klein geworden und den Ansprüchen nicht mehr gerecht ist.





Gesundheitsreform – neoliberaler Angriff der Regierung auf Patienten und ihre Ärzte!

Trotz breiter Berichterstattung in der österreichischen Zeitungslandschaft kommen die wahren Hintergründe dieser „Reform“ wieder nicht an die Öffentlichkeit. Seinerzeit hat es bei der Dienstleistungsrichtlinie der EU breiten Protest auch von SPÖ und ÖGB gegen die Privatisierung der Gesundheitssysteme gegeben. Jetzt haben sich beide vor den Privatisierungskarren spannen lassen.

Diese Reform gleicht in den meisten Punkten den Ansätzen der Seehoferreform im deutschen Gesundheitswesen. In Deutschland verdienten die vier privaten Krankenhauskonzerne (Röhnkliniken, Asklepios, Sana und Fresenius) im Jahr 2007 gemeinsam schon sieben Milliarden Euro, obwohl die Krankenhausprivatisierung auch in der BRD erst in den Kinderschuhen steckt.

Dr. Döllein, ein bayrischer Arzt und CSU-Kreis- und Gemeinderat, hat sich die Hintergründe dieser Reformen näher angeschaut und ist zu erschreckenden Erkenntnissen gekommen.

Bis 2020 soll das ganze Gesundheitssystem in private Konzernhände kommen. Wo dann der Patient bleibt, wenn er nur mehr den Profitinteressen von Privatgroßkonzernen gegenübersteht, egal ob im Krankenhaus, bei der Krankenversicherung oder selbst beim Hausarzt, kann man sich vorstellen. Das abschreckende amerikanische System zeigt, wie sehr der einzelne Mensch dabei unter die Räder kommt.

Worauf ist Dr. Döllein bei seinen Recherchen gestoßen?

1. Krankenhäuser machen politisch gewollte Defizite, werden an private Klinikketten verkauft.

2. Niedergelassene Ärzte verdienen politisch gewollt so wenig, dass der Nachwuchs ausbleibt. Sie werden durch MVZ (Medizinische Versorgungszentren – in Österreich dann Ambulante Versorgungszentren genannt) ersetzt, die zu guter Letzt ebenfalls den Klinikkonzernen gehören werden.

3. Die medizinische Versorgung unseres Landes liegt dann nicht mehr in der Verantwortung von Ärzten, sondern von Konzernen.

4. Monopolstrukturen und die Lenkung der Patientenströme garantieren bei einer überalterten Bevölkerung eine geradezu utopische Ertragssituation.

5. Ärztliche Standes- und Traditionen werden dem reinen Streben nach Ertrag geopfert werden. Die gesundheitspolitische Landschaft wird sich von Grund auf radikal verändern und entsolidarisieren.

6. Die Ursache liegt nicht in dem Wunsch der Bevölkerung, sondern in der geschickten Manipulation der Regierung durch hochpotente Lobbyisten, die die Macht haben, über das Schicksal der Politiker zu verfügen.

Dr. Dölleins entlarvende 11-seitige Hintergrundrecherche findet man im Internet unter:

http://www.landarzt.at/sonstige_pdf/Dossier%20Deutschland.pdf

Auch bei uns gelten dieselben Hintergründe und Profitinteressen. In diesem Fall geht der Kampf der Ärzte nicht nur um ihre persönliche Zukunft, sondern wirklich um die Rettung des laut österreichischer Regierung derzeit besten Gesundheitssystems der Welt.

Jetzt ist nicht Brotneid gegenüber den Ärzten vonnöten, sondern ein gemeinsamer Kampf, um diese

Vorbereitung der Privatisierung nach USA- und BRD-Vorbildern zu stoppen.

Die KPÖ-NÖ protestiert ausdrücklich dagegen, dass der ÖGB in den Sozialpartnerverhandlungen mit der Wirtschaftskammer als offe-



ner Vertreterin der Medizinkonzerne gemeinsame Sache gemacht hat. Das Verfassungsrecht der Selbstverwaltung der Krankenkassen durch die Monopolstrukturen des Hauptverbandes zu ersetzen und den Ärzten das Recht auf gemeinsame Verhandlungen (analog den Kollektivvertragsverhandlungen der Arbeitnehmer) als solidarisches Recht zu nehmen, widerspricht allen Traditionen der Arbeiterschaft. Dies ist Verrat, ein Kniefall vor den Großkapitalinteressen. Ebenso, dass man zulässt, dass den Spitalsärzten in dieser Diskussion ein Maulkorb verpasst wird.

Entsolidarisierung und gleichzeitige Schaffung von Monopolstrukturen bei Abschaffung der Selbstverwaltung und das Schüren von Zukunftsängsten wegen Unfinanzierbarkeit, das sind wie immer die klassischen Vorbereitungs-Szenarien für Privatisierungen nach den Interessen der multinationalen Konzerne und ihrer Lobbyisten in Brüssel und in der Wiener ÖVP-Zentrale. ■

Kontrollamt bestätigt die jahrelange Kritik von KLS-Gemeinderat Kral zu den Kanalgebühren

Durch gesetzwidrig überhöhte Abschöpfungen seitens der Stadt mussten von der städtischen Abwasserbeseitigung zusätzliche Darlehen aufgenommen werden. Deren Rückzahlung und Zinslast wurde in der Folge in die nächste Kalkulation hineingerechnet. Damit werden aber die Bürgerinnen und Bürger mit diesen gesetzwidrig entstandenen Spesen gleich doppelt belastet.

Erstens als Teil in der Kalkulation der Kanalgebühren und nochmals durch den seit 2004 vom Land erlaubten Aufschlag auf das Kalkulationsergebnis, der bis zu 100 Prozent betragen darf.

Wir zitieren aus dem Prüfbericht, der am 28.5.2008 dem Gemeinderat vorgelegt wurde:

„**Ergebnis 1: Hinsichtlich der Abschöpfungen verweist das Kontrollamt auf die gesetzlichen Bestimmungen in § 1 (5) NÖ Kanalgesetz 1977 und empfiehlt hin-**

künftig eine gesetzeskonforme Handhabung. Durch die nicht gesetzeskonforme Abschöpfung (*2004-2007 gesamt 1.354.000 €) müssen für die Abwicklung des ordentlichen Betriebes zusätzliche Darlehen aufgenommen werden, was sich auf hinkünftige Neufestsetzung der Kanalgebühren (*erhöhend) auswirkt.“

(* Anmerkungen der Redaktion)

Bei den vom Kontrollamt geprüften 83 Akten wurden in mehr als 20 Prozent der Fälle Schlampeereien der Behörde wie z. B. verspätete Verschreibung der Kanalanschlussabgaben festgestellt. Es schaut für den Bauwerber erst einmal gut aus, wenn er später zah-

len kann. Wenn aber dazwischen eine saftige Gebührenerhöhung eintritt, wiegt der Zinsgewinn aus späterer Zahlung die Mehrkosten sicher nicht auf. Dann sollte man per Einspruch darauf bestehen, dass der Anschlussstarif vorgeschrieben wird, der zum Zeitpunkt der eigenen Fertigstellungsmeldung an die Behörde Gültigkeit hatte.

Gerne hätte die Gemeinderatsregie eine wortlose Kenntnisnahme dieses Berichtes gesehen. GR Kral ließ es sich aber nicht nehmen auf die lange Tradition dieses miesen Vorgehens auf Kosten der Kremser Bevölkerung durch ÖVP und SPÖ hinzuweisen.

„Das nützlichste aller Haustiere ist der Österreicher. Man kann ihn scheren wie ein Schaf, melken wie eine Kuh, rupfen wie ein Hendl und ausnehmen wie a Weihnachtsgans.“

Kronenzeitung Hr. Strudl

Hadersdorfer ÖVP-Bürgermeister Toms blockiert mit Unterstellungen ein Denkmal für die 61 Massakeropfer

Bgm. Toms unterstellte dem Verein, der am Hauptplatz ein Denkmal für diese Naziopfer er-



richten will, Gelder der KPÖ erhalten zu haben (laut Bericht der Bezirksblätter vom 21.5.08).

Als KPÖ weisen wir dies als reine Erfindung zurück. Leider verfügt die KPÖ nicht über die finanziellen Mittel, dieses Projekt zu unterstützen.

Offenbar will man seitens der ÖVP mit billigstem Antikommunismus dem Gedenken an die Widerstandskämpfer, die für Österreichs Freiheit ihr Leben gaben, einen Riegel schieben.

Gerade die KPÖ hat den höch-

sten Blutzoll im Widerstand gegen den Nazi-



terror und für das Wiederentstehen eines freien und unabhängigen Österreich erbracht. Diese Art des Antikommunismus ist für uns eine Verhöhnung aller Menschen, die auch während des Naziterrors ehrlich zu Österreich standen. Vermutlich sind die Stimmen alter SS-Kameradschaften und Nazitraditionsvereine für ÖVP- Bgm. Toms wichtiger als eine korrekte Vergangenheitsbewältigung in Hadersdorf.



Armut – die Kluft wird größer

In Deutschland schlägt der neue Armutsbericht der Regierung hohe Wellen, besonders da die Zahl der Menschen, die trotz Vollzeitarbeit unter die Armutsgrenze gerutscht sind, rasant angestiegen ist. Der deutsche Sozialminister Scholz sieht bereits jeden vierten Deutschen von Armut bedroht.

In Österreich sind es laut Kurier-Bericht vom 20. Mai 2008 rund 420.000 Menschen, die in Armut leben müssen, davon über 100.000 Kinder.

Für ein Drittel dieser Armen gibt es nach dem Motto „einmal arm – immer arm“ kein Entrinnen mehr aus der Armutsfalle. Die rasant steigenden Preise für Nahrung, Energie und Wohnen treiben zunehmend mehr Menschen in die Armut.

Noch viel schlimmer trifft es die Ärmsten der Armen in den Entwicklungsländern, wo immer mehr Menschen akut vom Hungertod bedroht sind, auch ohne Wirbelsturm- oder Erdbebenkatastrophen. Die befürchteten Hungerrevolten in Haiti oder Südafrika sind nur der Beginn einer dramatischen Tragödie mit Millionen von Hungertoten.

Das Tragische ist, dass wir unter Druck der USA mit WTO, Weltwährungsfonds und Weltbank ein Weltwirtschaftssystem geschaffen haben, das keine Korrektur dieser sozialen Katastrophen durch die Regierungen mehr zulässt.

Die Spekulationsmilliarden, die soeben bei der US-Immobilienkrise viele Banken und Wirtschaftszweige schwer geschädigt haben, sind auf Erdöl und Nahrungsmittel ausgewichen.

Trotz Nachfragerückgang und teilweisem Produktionsüberschuss steigen die Preise unaufhörlich

weiter, um den Konzernen und Spekulanten ihre Profite zu sichern. Die Regierungen sind

sinn aber mörderische und todbringende Dimensionen für Millionen Kinder und Erwachsene.

Es ist kein weltwirtschaftliches Korrekturinstrument mehr vorhanden, um diesen Wahnsinn zu stoppen, denn alle Regierungen haben sich den Erpressungen von WTO und Weltbank untergeordnet und



machtlos dagegen. Sie haben sogar Angst, bei einem Einbruch in der Spekulationsschraube könnte die Weltwirtschaft einen noch größeren Schaden erleiden als bei der noch nicht ausgestandenen Immobilienkrise.

Zuvor waren es die „Blue Chips /Elektronikwerte“, dann die Währungen ganzer Staaten (Türkei, Korea etc.), zuletzt Immobilien und die Bankenwelt. Jetzt bekommt dieser weltweite Spekulationsirr-

können daher nur mehr tatenlos zusehen und mehr oder weniger schöne Reden halten.

Wenn man glaubt, uns in Österreich wird es nicht treffen, täuscht man sich. Preisexplosion, damit verbundener sinkender Lebensstandard und dramatisch ansteigende Zahlen an Armen sind auch bei uns der Zwangsbeitrag zum Spekulationsprofit der Milliardäre und Konzerne.

Mag. W. Mahrer



Briefe an die Redaktion!

Die VerfasserInnen sind der Redaktion bekannt

Zum derzeit allgegenwärtigem Thema Armut haben wir folgende Lesermeinung erhalten.

DER LEBENSSTANDARD DER ARMUT

In der Nachkriegszeit war ein Armer froh, wenn er ein Dach über dem Kopf, manchmal ein warmes Essen – und Arbeit hatte. Nicht viele konnten ihren Kindern bessere Chancen für die Zukunft durch Bildung und Kultur bieten.

„Ein voller Bauch studiert nicht gerne!“, dieses Sprichwort war damals und ist heute falsch. Wer darum kämpft, halbwegs gesund zu leben, hat keine Zeit zum Studieren.

Unser Lebensstandard hat sich geändert, Dank sei nicht Gott, dem Herrn, sondern dem Fleiß der

Arbeitenden. Heute schreiben uns manche Bereiche des Lebensstandards vor, das „Haben müssen“ und dessen Herzeigen, über das „Sein“ und das soziale Gewissen sowie Mitgefühl zu stellen. Jene Menschen, die arm sind – gleich warum – will man nicht sehen und hören wie auch Behinderte, Kranke und Alte. Das Dach über dem Kopf wird teurer, das warme Essen für immer mehr Mitmenschen nicht mehr zur Regelmäßigkeit und wenn die Kinder Bildung und Kultur erwerben wollen, dann können ihnen immer mehr diese Chancen nicht bieten.

In der Öffentlichkeit sieht man die Nicht-Armen. Die Armen müssen sich zurückziehen, weil sie oft nicht einmal die Möglichkeit einer menschenwürdigen Arbeit finden. Wenn wir noch lange warten, findet sich kein Platz mehr zum Verstecken der Armen: Dann bleibt nur mehr Platz zum Verstecken für die Reichen.



Nach dem NÖN Beitrag von Woche 20/08 über Exzesse im Stadtpark hat uns folgende Lesermeinung erreicht. Der in Krems gebürtige Schreiber ist selbst als Streetworker mit diesen Jugendproblemen konfrontiert.

KOMASAUFEN: WER IST SCHULD?

Über bewusstlose Jugendliche und eine Gesellschaft ohne Bewusstsein

Seitdem die Diskothek Millennium geschlossen wurde, nützt die Jugend aus Krems und Umgebung vor allem die Szene-Lokale der Kremser Altstadt für das Feiern am Wochenende. Neben bummvollen Lokalen sollen auch Vandalismus und blutige Auseinandersetzungen eine Begleiterscheinung dieses City-Booms sein. Als Triebfeder muss wieder mal der übermäßige Alkoholkonsum herhalten.

Wie so oft, wenn die Jugend sich nicht so verhält, wie es sich die Gesellschaft der Erwachsenen vorstellt, wird nach Schuldigen gesucht und die Verantwortung von einem zum anderen geschoben. Dabei geht es fast allen Beteiligten darum, die eigene Weste in der Öffentlichkeit möglichst rein zu halten.

Wie es den Jugendlichen geht und was sie dazu sagen, das kümmert kaum jemanden. Anstatt bei den anderen Verfehlungen zu suchen, wäre es an der Zeit, dass sich alle Beteiligten überlegen, was sie selbst beitragen können, um die Situation zu verändern.

Ein erster Schritt sollte sein, dass die Politik auf die jungen Menschen zugeht. Ihr Verhalten sollte nicht schlicht als Mangel an Disziplin verstanden werden, sondern als Ausdruck ihrer Befindlichkeit. In diesem Sinne werden auch strengere Gesetze nichts bewirken. Eine Kriminalisierung würde nur dazu führen, dass sich die Jugendlichen noch mehr zurückziehen (müssen) und die Kluft zwischen den Generationen weiter wird.

Wenn wir dahinter kommen wollen, warum die jungen Menschen Alkohol nicht mehr genießen, sondern sich damit sprichwörtlich vernichten wollen, dann müssen wir mit ihnen sprechen. Und zwar ohne Tabus und ohne der Erwartungshaltung, die Jugend wäre der älteren Generation immer zum Gehorsam verpflichtet.

Dann würden wir möglicherweise erkennen, dass uns in vieler Hinsicht die Jugendlichen bloß einen Spiegel vorhalten. Wie ist denn die Trink- und Rauschkultur unter den Erwachsenen? Oft genauso



verherrlichend und manchmal noch viel schlimmer. Da brauchen wir nicht überrascht zu sein, wenn Jugendliche, deren Ziel es ist, erwachsen zu werden, einen ähnlichen Umgang mit dem Alkohol pflegen.

Aber zurück zur Verantwortung. Wir alle können etwas tun. Jeder einzelne, indem er sich mit den jungen Menschen auseinandersetzt und ihnen einen verantwortungsbewussten Umgang mit Alkohol vorlebt. Die Schulen, indem sie im Unterricht auch die Lebenswelt der Jugendlichen berücksichtigen und nicht nur eine Ausbildung zur Verfügung stellen. Lernen fürs Leben, nicht nur für die Arbeit. Die Politiker, indem sie den Jugendlichen ein Forum zum Dialog anbieten sowie die notwendigen finanziellen Mittel für professionelle Jugendarbeit zur Verfügung stellen, aber auch Gastronomie und Getränkewirtschaft können ihren Teil beitragen. Sie zielen mit ihren Angeboten – von Alkopops bis Flstrate Parties – genau auf die junge Generation ab und machen damit enorme Gewinne. Sie könnten ihre Angebote und ihre Ausschankpraxis ebenfalls verantwortungsvoller gestalten.

Aber allein über das Einschränken des Angebots an Alkohol kann und soll das Problem nicht angepackt werden. Selbst wenn es gelänge, dass junge Menschen nicht mehr an Alkohol ran kämen, verändert dies nicht den Wunsch nach Rausch. Wenn die Jugendlichen dann statt Bier zu trinken, Klebstoff oder Gas inhalieren, ist das alles andere als ein Fortschritt. Der Versuch, Jugendliche von Alkohol gänzlich fern zu halten wird keinen Erfolg haben und ist auch nicht sinnvoll.

Viel wichtiger ist es doch, dass Jugendliche einen vernünftigen Umgang mit Alkohol erlernen. Unterstützen können diesen Lernprozess beispielsweise Kampagnen, die die Jugendlichen über die Risiken informieren und ihnen jene Kompetenzen vermitteln, die notwendig sind, mit den Risiken verantwortungsvoll umzugehen.

Die Lösung des Problems kann jedenfalls nur im Dialog liegen, nicht in der Kriminalisierung. In diesem Sinne rufe ich jeden Einzelnen auf, selbst einen Beitrag zu leisten und auf junge Menschen zuzugehen.

„Karl Marx und Jesus Christus“ ...

... War der Titel eines Kurier-Beitrages von Markus Tiwald, eines katholischen Seelsorgers aus Wien. Endlich ein sehr wahrheitsgemäßer Blickwinkel auf Karl Marx von katholischer Seite.

Markus Tiwald schrieb: „... Karl Marx war nicht ein grundsätzlicher Gegner des Christentums. Er sagt über die Religion: ‘Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volkes.’ Dieser zumeist falsch oder verkürzt zitierte Satz meint keine Kritik an der Religion als solcher, sondern daran, dass sich der Mensch mit dem Trostmittel der Religion eine jenseitige Erlösung vorgaukelt und an den diesseitigen Zuständen nichts ändert. Solch eine Religionskritik trifft einen nur wahren Kern: In einer unseligen Allianz mit den Reichen hat die Kirche nur allzu oft die Anliegen der Armen in dieser Welt

vergessen!

Doch wie er letztlich selber (Karl Marx) eingesteht: ‘Alle Revolutionen haben bisher nur eines bewiesen, nämlich, dass sich vieles ändern lässt, bloß nicht die Menschen.’ – Vielleicht müssen sich doch auch die Herzen der Menschen ändern für das Himmelreich.“

Worte, die wir von katholischer Seite bisher höchstens von lateinamerikanischen Armenpriestern so offen gehört haben. An uns von der KLS, soll es nicht liegen gemeinsam mit Menschen, die das Christentum nach der alttestamentarischen sozialkritischen Linie des Urchristentums leben, für mehr soziale Ge-

... Schlecht zitiert

Bibelfeste MarxistInnen wissen, was manchem Sprayer unbekannt bleibt. Der korrekte Wortlaut des berühmten Zitats von Karl Marx lautet: „Religion ist Opium des Volkes.“



rechtigkeit zu kämpfen. Daher ein gemeinsames „Selig die Armen, sie sollen satt werden“.

„Staatstragende Parteien, die den Staat zerstören“

... so lautete der Titel eines Kommentars auf Seite 1 der renommierten „Salzburger Nachrichten“ am 3. März. Seitdem haben Amstetten und der Spitzer Giftanschlag die Koalitionsstreitereien und den Innenministeriumsskandal aus den Schlagzeilen verdrängt. Die Koalition nutzte die Zeit, um in ihrer Gesamtheit aus den Negativschlagzeilen zu kommen.

Haben Gusi und Motti den Artikel gelesen und sich zu Herzen genommen?

In dem SN-Artikel hat es zum Schluss gelaftet: „Das tägliche Furioso von unbewiesenen Behauptungen und Anschuldigungen hat jegliches Vertrauen weggewischt. Die Bevölkerung hält heute alles für möglich und glaubt nichts mehr. Für die Demokratie ist das Gift.“

Den griechischen Philosophen galt die Demokratie deshalb als gefährliche Regierungsform, weil sie den Staat durch Parteienhader destabilisiere und dadurch den Weg in die Diktatur ebne. Ob unsere ehemals staatstragenden Parteien wissen, wie dünn das Eis ist, auf das sie täglich watschentanz gehen?“

Unsere schwarze Regierung mit rotem Kanzler nutzte die Zeit aber nicht, um gut zu arbeiten. Dies zeigt der Pusch bei der Gesundheitsreform. Mit dieser werden von ÖVP und SPÖ in trauter Gemeinsamkeit jetzt die letzten sozialen Errungenschaften unseres Gesundheitssystems demoliert und für die internationalen Medizinmultis sturmreif gemacht.

EU-Vertrag

Im April hat die SP/VP-Bundesregierung den neuen EU-Vertrag durch den Nationalrat gepeitscht. Einen Vertrag, der bei der Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher laut Umfragen nur das Unbehagen gegenüber der EU der Konzerne noch mehr steigert.

Auch die von zahlreichen Völkerrechts- und Verfassungsjuristen geäußerten Bedenken we-

menfang bei den Opfern neoliberaler EU-Politik.

Unser linkes NEIN zu diesem EU-Vertrag ist ein Nein zur unsocialen neoliberalen Ausrichtung der EU nur nach Konzerninteressen ohne jeden sozialen Ausgleich. Unser Nein ist ein JA zu einem anderen sozialen und gerechteren Europa der Bürgerinnen und Bürger. Solange die soziale Frage in der EU nicht behandelt und gelöst wird, ist diese EU wegen Bürgerfeindlichkeit auf lange Sicht zum Scheitern verurteilt.

Das pikanteste Detail: Zum Zeitpunkt der Abstimmung im Nationalrat war kein einziges deutschsprachiges Exemplar dieses Vertrages in Österreich. Diese Übersetzungen trafen erst circa eine Woche danach aus Brüssel ein. Aber das hinderte keinen der SP-, VP-, oder grünen Parlamentarier mit JA zu stimmen.

Uninteressierte Handheber, für die die Kohle am nächsten Ersten stimmen muss, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger sind sowieso andere!



gen der Unvereinbarkeit mit der österreichischen Neutralität wurden von den roten, schwarzen und grünen Abgeordneten in den Wind geschlagen.

Die Einwände von FPÖ und BZÖ mit ultrarechten nationalistischen Untertönen galten nicht den sozialen Mankos dieses Vertrages und der gesamten EU, sondern waren nur reiner Stim-

Parteienfinanzierung – Transparenz wäre gefragt

Laut Kurier vom 17.3.03 fordert der Politikwissenschaftler H. Sickinger angesichts der hohen staatlichen Parteienfinanzierung mehr Transparenz bei Parteispenden. Laut seinen Berechnungen standen den Parlamentsparteien auf Bundes- und Landesebenen folgende Budgets aus Mitteln der öffentlichen Hand und Mitgliedsbeiträgen zur Verfügung.

ÖVP 105 Millionen €

SPÖ	102 Millionen €
Grüne	23 Millionen €
FPÖ	23 Millionen €
BZÖ	8 Millionen €

Kein Wunder, wenn die Bürgerinnen und Bürger von der Wahlpropaganda regelrecht erschlagen werden, wie es uns gerade erst die Landtagswahl in Niederösterreich zeigte. Die Herkunft von Wahlspenden, besonders bei ÖVP und SPÖ und eventuelle Zusammenhänge

mit öffentlichen Aufträgen, wären prüfenswert. Aber die ÖVP wehrt alle Versuche, Transparenz in diese Geldflüsse zu bringen, seit Jahren konsequent ab. Die Verschleierung zeigt nur, wie viel man da zu verstecken hat.

So werden wir Bürger durch die Verwendung unserer Steuermittel zur Parteienförderung unfreiwillig und ungefragt zu „Parteispendern“ bei ÖVP und SPÖ.